

Postdemokratie oder digitales Demokratie-Upgrade?



„Trusted WEB 4.0 ist die Integration aller über das Web verfügbaren Ressourcen in ein Gesamtsystem.

Maschinen, Geräte und Menschen sind global erreichbar, in dezentralisierten, anonymisierten Strukturen organisiert.

Trusted WEB 4.0 bildet vordigitale Gesellschaftsstrukturen ab.

Die Wertschöpfungsketten werden neu organisiert.“



Global Institute for Structure relevance,
Anonymity and Decentralization i.G.

EU Transparency Register Nr. 244298340978-40
Breiten Dyk 14
47803 Krefeld
Germany
Tel. 0049-2151-787925
Alle Rechte [Olaf Berberich](#) , Krefeld, den 27. September 2021

Vertraulich. Weitergabe dieses Konzepts an Forschung und Entwicklung aus dem Politikbereich. Soweit in dieser Stellungnahme Angebote gemacht werden, sind diese unverbindlich. Das Thema ist komplex. Zum derzeitigen Zeitpunkt bin ich noch nicht in der Lage, alle steuerrechtlichen und rechtlichen Aspekte zu berücksichtigen. Aufhebung der Vertraulichkeit 01.09.2023.

Informationen zum Gesamtkonzept unter <http://gisad.eu/statements/> oder als RSS-Feed unter <http://gisad.eu/feed/>, eine Leistungsbeschreibung unter <http://gisad.eu/faq-und-leistunguebersicht-eu-d-s/>. Informationen zum Citizens Interest Fund (CIF), zu den von GISAD geplanten Regionalprojekten und dem Digital-Bürgergeld können bei GISAD angefordert werden.

Soweit in dieser Stellungnahme Angebot gemacht werden, sind diese unverbindlich. Das Thema ist komplex. Zum derzeitigen Zeitpunkt bin ich noch nicht in der Lage, alle steuerrechtlichen und rechtlichen Aspekte zu berücksichtigen. Bei mehreren Sprachversionen ist jeweils die deutsche Version rechtsverbindlich.

Postdemokratie oder digitales Demokratie-Upgrade?

Inhalt

Vorwort	4
Postdemokratie.....	5
Definition Postdemokratie.....	5
Deutsche Kanzlerkandidaten aus dem Blickwinkel der Postdemokratie.....	5
Konsequenzen durch die Wähler	5
Interessen der Hintergrund-Entscheidungsträger	5
Auswirkungen der bisherigen digitalen Transformation	6
Ausweg aus der Postdemokratie.....	7
Soziologische Diskussion	7
Realistischer Lösungsansatz.....	7
Rollenänderung der Politiker	8
Vorteile des EU-D-S für Politiker	9
Kompetente Bürger als Spezialisten	10
Vorteile des EU-D-S für die Bürger	10
Reaktion der Hintergrund-Entscheider	11
Kritische Übergangszeit.....	11
Langfristiges Verhalten der Hintergrund-Entscheider	11
Fazit	12

Vorwort

Spätestens 2021 nach dem Abzug aus Afghanistan wird deutlich, dass die demokratischen Politiker ihre Länder nicht mehr regieren. Es gibt eine hinter den Politikern liegende Schicht von unbekannten, gut vernetzten Entscheidern, die das Spiel bestimmen. Die Taliban haben ihre Kämpfer gut bezahlt, während die Regierungstruppen keinen Sold bekamen. Hier zeigt sich das eigentliche Problem. Die westlichen Hintergrund-Entscheider haben ihre Prioritäten neu geordnet. Möglicherweise versprach man sich von den Taliban geringere Auflagen für den Abbau der in Afghanistan reichlich vorhandenen Rohstoffe. Eine gute Finanzierung der Taliban reichte aus, um innerhalb von Tagen die Machtverhältnisse in Afghanistan zu verändern. Die westliche Politik sah keine Notwendigkeit und wurde erst nach erheblichem öffentlichen Druck tätig.

Was hier an einer entstehenden Demokratie in einem der schwächsten Länder der Welt vorgemacht wurde, wird zu einer Steilvorlage zum Angriff auf demokratische Staaten werden, wenn wir nicht die demokratischen Strukturen auf die Herausforderungen der heutigen Zeit anpassen. Reicht ein flächendeckender Stromausfall durch einen Cyberangriff kombiniert mit dem gleichzeitigen Abzug von Kapital möglicherweise aus, um auch ein europäisches Land zu destabilisieren?

Soziologen beschreiben diese Situation unaufgeregt als Postdemokratie. Ich bin der Überzeugung, dass eine Postdemokratie im Sinne von Mehrheiten weniger effektiv sein wird als ein autoritäres System, wie es etwa China umsetzt. Ein autoritäres System ist ehrlicher, die Entscheider sind bekannt und es benötigt kein gutes Marketing, um sich zu legitimieren. Postdemokratie führt früher oder später in die Auflösung demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien.

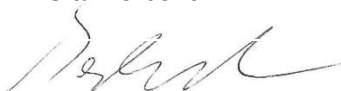
Es waren jedoch immer einzelne Individuen, welche unsere Gesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft in der Vergangenheit vorangebracht haben. Nur hierdurch konnten sich demokratische Errungenschaften ökonomisch legitimieren. In einer Postdemokratie reduzieren sich die Chancen erheblich, dass sich solche kreativen Individuen überhaupt entfalten können. Selbst wenn die globalen Entscheider von diesen Errungenschaften profitieren würden, werden die Kreativen von der Gleichmacherei zermahlen, bevor sich überhaupt jemand mit ihrem Potenzial beschäftigt.

Als jemand, der 1999 eine Suchmaschine für Vielfalt und gegen gerankte Masseninformation zum Patent angemeldet hat, bin ich persönlich hochmotiviert, die Zielgruppe der Kreativen zu schützen. Hierbei verfolge ich keinen elitären Anspruch. Vielmehr glaube ich, dass jeder Einzelne Potenziale hat, die gerade auch im Sinne eines Wettbewerbs der Gesellschaftssysteme gefördert werden sollten.

Es geht in diesem Papier nur hilfsweise um Inhalte und im Wesentlichen um Strukturen, wie man die Demokratie weiterentwickeln sollte, damit heute sich auflösende Demokratien und der Anspruch der Förderung jedes Einzelnen eine Zukunft haben. Das Mittel der Wahl ist die Digitalisierung. Entweder wir lassen sie über uns hereinbrechen. Dann setzen sich Konzepte durch, erprobt an Milliarden von Menschen und abgestimmt auf eine chinesische Doktrin. Oder wir benutzen die vielfältigen Möglichkeiten der Digitalisierung zum Aufbau neuer Strukturen.

Themen wie der Klimawandel zwingen uns zu globalen Entscheidungen. Hier sind die Hintergrund-Entscheider besser vernetzt und werden die generelle Richtung bestimmen. Dem entgegenzusetzen ist die optimale Förderung der Potenziale Einzelner. Mit dem richtigen Digitalisierungskonzept wird dieser Weg gelingen, aber nur dann, wenn wir alle unsere Kräfte mobilisieren, um schnellst möglich eine Infrastruktur für die digitale Daseinsvorsorge mit den richtigen Anreizsystemen zu etablieren.

Olaf Berberich



Postdemokratie

Definition Postdemokratie

Nach einer Definition von Colin Crouch ist Postdemokratie definiert als „ein Gemeinwesen, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden [...], in dem allerdings konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, dass sie zu einem reinen Spektakel verkommt, bei dem man nur über eine Reihe von Problemen diskutiert, die die Experten zuvor ausgewählt haben“ (Colin Crouch: Postdemokratie, Bonn 2008, ISBN 978-3-89331-922-0, S. 10.).

Diese Experten wiederum werden von den Hintergrund-Entscheidern gestellt. Das können global agierende Unternehmen sein oder auch international vernetzte Interessensverbände.

Deutsche Kanzlerkandidaten aus dem Blickwinkel der Postdemokratie

Sieht man sich die Kanzlerkandidaten in der deutschen Bundestagswahl 2021 an, so verkauft sich der Kanzlerkandidat der CDU Armin Laschet am ehrlichsten, weil er nicht vorgibt, eine Meinung zu haben. Er ist für alles und jedes kompromissbereit. Angela Merkel hingegen konnte zumindest das Image aufbauen, selbst zu dem Kreis der Hintergrund-Entscheider zu gehören. Aus dem Blickwinkel der CDU könnte man argumentieren, dass man die Hintergrund-Entscheider im Sinne der demokratischen Mehrheit gesteuert habe. Die demokratische Mehrheit äußert sich aber aktiv von unten immer seltener, wie zum Beispiel beim nicht übersehbaren Totalausfall der Bundesregierung in Afghanistan. Dieser ist wohl weniger auf Geheimdienstversagen zurückzuführen, als auf ein fehlendes Interesse der westlichen Hintergrund-Entscheidungsträger.

Annalena Baerbock erweckt den Eindruck, ein eigenes Programm durchsetzen zu wollen. Meint sie das ehrlich, wird sie in den vorhandenen Strukturen scheitern.

Olaf Scholz kommt deshalb gut an, weil er wie Angela Merkel vorgibt, zum Kreis der Hintergrund-Entscheider zu gehören.

Konsequenzen durch die Wähler

Der faktische Übergang zur Postdemokratie ist den meisten Wählern noch nicht bewusst, aber in Form einer Schwarmintelligenz erhöht sich der Widerstand der Wähler gegen die bisherigen großen Volksparteien.

Im Rahmen einer Digitalisierungsstrategie gilt es, in den nächsten Jahren den zunehmenden Frust der Wähler in sich auflösenden Demokratien für eine Aufbaustimmung zu nutzen, um eine echte widerstandsfähige digitale Demokratie zu schaffen. Die Hintergrund-Entscheidungsträger sind in der Regel an ökonomischen Erfolgen interessiert, die sich in der Mehrung ihres Vermögens niederschlagen. Erfahrungsgemäß sind ökonomische Erfolge am Besten in einem stabilen Gesellschaftssystem zu realisieren. Dieses darf in den Augen der globalen Entscheidungsträger nicht das chinesische werden.

Interessen der Hintergrund-Entscheidungsträger

Ökonomisch orientierte Hintergrund-Entscheider sind interessiert, die Politik soweit zu beeinflussen, dass sie nicht mit ihren Interessen kollidiert. Sie sind aber nicht daran interessiert, von der Politik solche Vorgaben für Produkte und Dienstleistungen zu erhalten, die sie behindern könnten. Die Politik erfüllt ihre Funktion, wenn sie Stabilität herstellt. Unruhige Gesellschaften erhöhen das wirtschaftliche Risiko. Rechtsstaatlichkeit soll für die Mehrheit der Bevölkerung diese Stabilität herstellen. Aus Sicht der Hintergrund-Entscheider sollte das Rechtssystem jedes Staates Hintertüren bieten, welche genutzt werden können, um nicht nur staatliches Handeln zu lenken, sondern auch neue und weniger finanzstarke Wettbewerber auszuschalten.

Hintergrund-Entscheidungsträger berücksichtigen die Interessen einzelner Individuen nur als produktive Zahl in einer Bilanz. Nur vor diesem Hintergrund sind Inhalte relevant. Sie nutzen den Vorteil, besser informiert zu sein als andere. Auch sie haben sich oft geirrt und das Gesamtbild, wie zum Beispiel die

Folgen des Klimawandels für die Menschheit nicht gesehen. Aber Irrtum ist in ihren Konzepten durch Risikostreuung berücksichtigt. Der Ausfall von einem Prozentsatz an Projekten wird hingenommen, solange die anderen Projekte den Profit bringen. Profit wiederum wird in maximal 5-Jahresplänen prognostiziert. Langzeitfolgen werden nur als Risiken berücksichtigt und bestimmen den Zeitpunkt, zu dem Kapitalgeber aus einem Projekt aussteigen. Gesamtgesellschaftliche Verwerfungen spielen hierbei keine Rolle.

Auswirkungen der bisherigen digitalen Transformation

Ein zentrales Problem besteht in der zunehmenden Überwachung durch Digitalisierung. Mit 5G können Positionen auf 10 Zentimeter genau bestimmt werden. Es wäre also technisch möglich, einen Menschen, abhängig davon, ob er den Daumen hoch oder Daumen runter hält, unterschiedlich zu erfassen und zu behandeln.

Eine ungeheure Menge von Daten steht zunehmend über jeden zur Verfügung. Der Politik sind umfassende Manipulationen bekannt. Doch die Politik, Verwaltung und Exekutive verhalten sich bis heute so, als ob es weiter nur einfache kausale Zusammenhänge gäbe.

Gibt es über jeden und alles Informationen und sind die genaue Vernetzung und die Interessen des Umfelds bekannt, so haben Hintergrund-Entscheider die Möglichkeit, ganze Gruppen von Interessensträgern zu steuern. So können Wettbewerbern gezielt Informationen zugespielt werden, durch welche sie zu ihrem eigenen Vorteil ein gewünschtes Ziel ausschalten. Haben Verwaltungen einen Fehler begangen, neigen sie dazu, einen Sündenbock zu suchen. Sind die Zusammenhänge bekannt, dann kann das gewünschte Ziel so mit Hilfe der angegriffenen Verwaltung ausgeschaltet werden.

Einfache kausale Zusammenhänge gibt es nicht mehr. Ein Angriff auf das eigentliche Ziel ist nicht beweisbar. Was nicht in einfachen kausalen Zusammenhängen geschildert werden kann, kommt nicht in die Presse und entzieht sich jeder Rechtsstaatlichkeit. Die Korruption einzelner Politiker hingegen ist ein öffentlicher Skandal. Reaktionen sind Maßnahmen wie die Einführung eines Lobbyregisters, welches vor dem Hintergrund der komplexen digitalen Möglichkeiten nicht zu weniger Fehlverhalten führt, sondern im Gegenteil gerade jeden ehrlichen Politiker einschüchtert, am besten nur die handeln, wenn der öffentliche Druck es notwendig erscheinen lässt.

Bisher gehen Politik und Justiz von einer Verantwortung aus, welche sie nicht tragen können, weil ihnen die Möglichkeit fehlt, die tatsächlichen komplexen Zusammenhänge zu verstehen. Eine beliebige Manipulationsmöglichkeit durch Dritte passt nicht in ihr Rollenverständnis. Anstatt die Realität der Unwissenheit anzuerkennen, werden solche komplexen Angriffe geleugnet, ausgesessen oder es werden ersatzweise einfache kausale Zusammenhänge konstruiert und Sündenböcken zugeordnet. Selbst wenn zu einem späteren Zeitpunkt dieses Fehlverhalten weitgehend aufgedeckt wird, bleibt es sanktionslos. Durch Verjährung oder fehlende Zuständigkeit geht ein solches System faktisch zu Lasten der Rechtsstaatlichkeit. Zumal davon auszugehen ist, dass solch komplexe Angriffe auf Staaten nur durchgeführt werden, wenn es aus Sicht des Angreifers sehr wichtig ist und aus Sicht der Staaten von einem erheblichen Schaden für die Allgemeinheit auszugehen ist.

Alle hier genannten Manipulationsarten haben sich tatsächlich ereignet und sind der EU Kommission bekannt.

Mit genügend Aufwand und der Zuhilfenahme von künstlicher Intelligenz sind Szenarien durchaus realistisch, in denen zu einem Zeitpunkt der Übernahme eines Staates alle relevanten Entscheidungsträger der Politik mundtot gemacht werden. Es ist also nur eine Frage der Zeit, bis es weitere Übernahmeversuche demokratischer Staaten geben wird.

Nur weil das Völkerrecht Cyberattacken nicht als Kriegshandlung sieht, befinden wir uns nicht in einem internationalen Krieg. Da es durch die digitalen Manipulationsmöglichkeiten denkbar ist, dass viele Interessensträger unbemerkt eingeschüchtert oder ausgeschaltet werden können, können zumindest die Resultate genauso gravierend wie die eines Krieges sein.

Ausweg aus der Postdemokratie

Soziologische Diskussion

Die Vorschläge der Soziologen ähneln sich für einen Ausweg aus der Postdemokratie:

Crouch schlägt als Ausweg drei Arten von Maßnahmen vor: „*Erstens mit Maßnahmen, die darauf zielen, die wachsende Dominanz der ökonomischen Eliten zu begrenzen; zweitens mit Reformen der politischen Praxis als solcher und drittens gibt es Handlungsmöglichkeiten, die den Bürgern selbst offenstehen*“ (Colin Crouch: *Postdemokratie*, S. 133.)

Der Politikwissenschaftler Roland Roth sieht eine Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements vor allem auf der kommunalen Ebene. (Roland Roth: *Die Blockade zwischen Staat und Bürgern – Demokratie im Wandel*, Essay bei Deutschlandfunk).“

„*Reitzig* schlägt Bürgergutachten, die Rückkehr zur Selbstverwaltung kleiner Verwaltungseinheiten, die Ausweitung der Mitbestimmungsmöglichkeiten bereits bei Kindern und Jugendlichen sowie den Aufbau einer kritischen Gegenöffentlichkeit vor. (Daniel Reitzig: Essay bei krisentheorie.de zur Postdemokratie.)

Allen hier vorgestellten Soziologen ist gemeinsam, dass sie gesellschaftliche Zustände präzise beschreiben und daraus Vorschläge für eine Veränderung ableiten. Sie verlassen aber keinesfalls ihren Elfenbeinturm und setzen sich konkret im Hier und Jetzt mit den tatsächlichen Gegebenheiten auseinander. So bleiben sie in der Theorie und damit nicht angreifbar. Es ist auch davon auszugehen, dass sich bisher Soziologen wenig mit den Möglichkeiten der Digitalisierung bis hin zu programmierbaren konkreten Umsetzungsvorschlägen beschäftigt haben.

Realistischer Lösungsansatz

Der hier vorgestellte Lösungsansatz geht über Forderungen hinaus und bietet für die meisten Interessensgruppen zu Ende gedachte Lösungen. Diese wiederum sind mit einem Dutzend Patentanmeldungen belegt und teilweise in Pilotprojekten erfolgreich umgesetzt, siehe auch <http://gisad.eu/faq-und-leistungseuebersicht-eu-d-s/> und <http://gisad.eu/digital-buergergeld-und-eu-d-s-zwei-die-zusammengehoeren/>. Die von den Soziologen angedachten Lösungen haben nicht die einseitige Machtverschiebung hin zu den Wissensmächtigen berücksichtigt. Es ist unrealistisch, dass sich aus dem Nichts überraschend eine Gegenöffentlichkeit entwickelt, solange die derzeit geschaffenen digitalen Strukturen Überwachung und zentrale Steuerung begünstigen.

Vielmehr ist es ureigenes Interesse und Aufgabe der Politik, für die demokratischen und hier zuerst für die europäischen Staaten digitale Strukturen zu erarbeiten, in denen Inhalte zunehmend von mündigen Bürgern diskutiert und zu der Politik transportiert werden. Politiker müssen von Abhängigen der Hintergrund-Entscheidungsträger wieder zu echten Vermittlern zwischen den Bürgerinteressen und den global vernetzten Interessen werden.

Meine Überlegungen gehen von der Annahme aus, dass viele Hintergrund-Entscheidungsträger unabhängig von einem Standort denken und ihr Kapital da investieren, wo es die besten Erträge bringt. Soziale und demokratische Forderungen sind also nur dann umsetzbar, wenn sie den globalen Regeln dieser Entscheidungsträger genügen. Die Verbindung zur Ökonomie besteht nach meiner Erfahrung aus über 10 Jahren Gestaltung eines Führungskräfteinstituts im IKT-Bereich darin, dass man ungeahnte Humanpotenziale freisetzen kann, wenn man jenseits der derzeitigen Tendenz zur Gleichschaltung Digitalisierung eben dafür benutzt, jedem Bürger lebenslang zu ermöglichen, sich in neuen Bereichen zu betätigen, zu qualifizieren und seine Stärken zu finden. Hierfür schlage ich das EU-D-S (europäische Digital-System) als digitale Infrastruktur zu Daseinsvorsorge vor.

Die Anzahl der Nichtwähler in den europäischen Staaten ist annähernd gleichzusetzen mit den Humanreserven, welche in demokratischen Gesellschaften aktiviert werden müssen, um autoritären Systemen überlegen zu sein. Das geht nicht mit Wahlprogrammen, sondern nur mit einem Anreizsystem, welches gerade die Schwächsten und Ausgeschlossenen mitnimmt.

Rollenänderung der Politiker

Der Vorteil einer unbemerkten Besetzung eines Landes für Europa liegt darin, dass eine solche Besetzung auch von der Öffentlichkeit unbemerkt wieder rückgängig gemacht werden kann.

Politiker können deshalb unter Druck gesetzt werden, weil sie sich als die Regierenden sehen, welche die Situation beherrschen. Wer Verantwortung hat, der haftet auch. Ganz anders sieht die Haftung und öffentliche Wahrnehmung der Politiker aus, wenn diese sich nicht mehr als Regierende, sondern als Vermittler zwischen den Hintergrund-Entscheidungsträgern und den Bürgern sehen.

Für jeden logisch denkenden Bürger ist es zum Beispiel heute nicht nachvollziehbar, eine Regierung ausschließlich auf Elektromobilität setzt und E-Fuel komplett vernachlässigt. Es kommt der Verdacht auf, dass die Autohersteller nicht genügend Autos verkaufen würden, wenn die alten Verbrenner mit neuem Treibstoff CO² neutral fahren könnten. Für eine solche Strategie ist nicht ein einziger Autokonzern verantwortlich, sondern es kann von einem internationalen Konsens der Automobilindustrie ausgegangen werden. Für meinen Lösungsansatz ist es nicht wichtig, wie genau globale Entscheidungen zustande kommen. Wichtig ist nur, dass diese Entscheidungen einseitig die Politiker beeinflussen, ohne dass in den meisten Fällen die Bürger eine Chance haben, die Plausibilität einer Lösung für die Gesellschaft zu überprüfen. Wie konkret im Umweltbereich ein besseres Anreizsystem aussehen könnte siehe unter <http://gisad.eu/de-eu-initiative-digitalisierung-des-energiesektors/>.

Wenn Politiker eingestehen würden, dass sie nicht Herr oder Frau des Verfahrens sind und auf die Mithilfe der Bürger angewiesen sind, würde von ihnen auch nicht erwartet, für jede in Nachhinein falsche Handlung die persönliche Verantwortung zu übernehmen. Das Gleiche gilt für Verwaltungen und die Justiz.

Die Vorstellung, alle Fehler vermeiden zu können, indem alles geregelt ist, gilt zumindest derzeit in der digitalen Transformation nicht. Es mag sein, dass wir irgendwann in der Zukunft wieder den sicheren Hafen von beherrschbarer Technologie mit Regeln und angemessenen Sanktionen erreichen können.

Nach meiner Schätzung wird es ein Jahrzehnt benötigen, bis wir im digitalen Umbruch unsere vordigitalen Sicherheiten wiedererlangen werden. Die Digitalisierung bietet so viele Vorteile, dass von einer Umkehr zu alten analogen Zeiten nicht ausgegangen werden kann.

Die gesellschaftliche Akzeptanz der Digitalisierung wäre schon längst erfolgt, wenn der Prozess von den Politikern gemeinsam mit den Bürgern gestaltet würde. Die besten Erfolge erzielt man durch Versuch und Irrtum. Hierfür benötigt es einen fehlertoleranten Rahmen, in dem Fehler möglichst nur einmal gemacht werden dürfen. Fehler müssen dokumentiert und diskutiert werden. Regeln müssen zur Fehlervermeidung angepasst werden.

Welcher Handlungsdruck auf die Politik könnte größer sein, als der drohende Verlust von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit?

Vorteile des EU-D-S für Politiker

- Der Wissensvorteil der Hintergrund-Entscheidungsträger gegenüber den Politikern wird dadurch reduziert, dass gut aufbereitete Daten nicht von irgendwelchen Plattformen oder Bots gesammelt werden, sondern im EU-D-S gemäß europäischen Regeln aufgearbeitet werden. Insofern werden Politiker in die Lage versetzt, sich mit optimal aufbereiteten Hintergrundinformationen eine eigene Meinung zu bilden und Manipulationen entgegenzuwirken.
- Europäische Staaten erhalten einen Vorteil, indem nur sie mit Hilfe von Rechtsanwälten die Anonymität von einzelnen EU Nutzern aufheben und Zusammenhänge zwischen unterschiedlichen Kommunikationen eines Nutzers herstellen können, siehe <http://gisad.eu/de-eu-initiative-berufsreglementierung-aktualisierung-der-reformempfehlungen-an-die-mitgliedstaaten/> . Hierdurch können auch komplexe Manipulationen zu einem späteren Zeitpunkt nachvollzogen werden. Das Risiko für Angreifer, entdeckt zu werden, steigt erheblich. Insbesondere Geheimdienste fremder Staaten erlauben sich nur deshalb heute Cyberattacken und Wahlmanipulationen, weil sie mit großer Sicherheit nicht entdeckt werden.
- Derzeit reagieren Politiker auf den Druck der Öffentlichkeit. Alle Maßnahmen führen letztendlich im Interesse der Hintergrund-Entscheidungsträger zu mehr Überwachung, siehe <http://gisad.eu/de-eu-initiative-aufdeckung-sexuellen-missbrauchs-von-kindern-im-internet-voruebergewende-ausnahme-von-den-datenschutzvorschriften-fuer-die-anwendung-bestimmter-technik/> . Durch die Einbindung der Bürger in die Informationsbeschaffung und Informationsaufarbeitung wird der partnerschaftliche Umgang mit den Bürgern gestärkt. Die Bürger lernen Verantwortung und die Komplexität von Hintergründen kennen. Die Konfrontation zwischen Bürgern und Politiker wird reduziert, der soziale Friede wird hergestellt.

Kompetente Bürger als Spezialisten

Es gibt immer wieder Forderungen aus der Politik nach mehr Bürgerbeteiligung. Viele Politiker sehen sich zunehmend von einem echten Bürgerdialog abgekoppelt. Eher zufällig werden emotionale Shitstorms gestartet. Ein Lachen an der falschen Stelle kann eine Karriere beenden. Insofern kann man von einer zunehmenden Kommunikationsstörung zwischen Politiker und Bürgern ausgehen.

Auf der kommunalen Ebene funktioniert in vielen Städten eine echte Bürgerbeteiligung noch. Die meisten Themen betreffen hier die Bürger unmittelbar und sind für sie nachvollziehbar. Dieser Bereich wird im EU-D-S mitberücksichtigt, bietet aber nicht dessen Schwerpunkt. Im Kommunalbereich werden Hintergrund-Entscheidungsträger nur dann eingreifen, wenn der Standort eines Unternehmens unmittelbar betroffen ist. Der kommunale Bereich ist viel später, als die Entscheidungsebene der Länder, der EU oder auch des internationalen Bereichs bedroht.

In dem Maße, in dem die Hintergrund-Entscheidungsträger ihr digitales Herrschaftswissen ausbauen, versuchen auch Öffentliche Verwaltungen ein Herrschaftswissen zu generieren. Das ist schon deshalb nötig, weil sie ihre Entscheidungen gegenüber den Bürgern plausibel erklären müssen, ohne ihre Fremdbestimmung offen zu legen. Entsprechend werden Bürger oft als inkompetent und in der Entscheidungsfindung störend angesehen. Eine echte Bürgerbeteiligung kann es nur geben, wenn die Bürger eine echte Entscheidungskompetenz in einem oder mehreren Bereichen entwickeln und so ein echtes Gegengewicht zu den Hintergrund-Entscheidungsträgern bilden.

Die Bürger sind verständlicher Weise sich selbst am nächsten. Sie erhalten zu wenig Anerkennung oder oft auch noch Ärger oder Unverständnis dafür zurück, dass sie sich engagieren. Oft ist die Feigenblattfunktion einer Bürgeraktion durch die Politik auch zu offensichtlich.

Vorteile des EU-D-S für die Bürger

- Zur Akzeptanz als Bürgerexperten müssen Bürger sich intensiv mit einem Thema beschäftigen. Durch ein bedingungsgebundenes Bürgergeld, werden gerade die EU-Bürger motiviert und eingebunden, die sonst nicht ihre Stimme erheben würden, siehe <http://gisad.eu/digital-buergergeld-und-eu-d-s-zwei-die-zusammengehoeren/>.
- Das Expertentum wird dadurch forciert, dass alle EU Bürger in einem lebenslangen Prozess beginnend mit dem Kindergarten in die Bewertung und der Beschäftigung mit Daten integriert werden, siehe <http://gisad.eu/de-eu-initiative-online-und-fernunterricht-in-primar-und-sekundarschulen/>.
- Eine Spezialisierung in frühen Jahren erfolgt über einen weltweit zu etablierenden Kategorienstandard, siehe <http://gisad.eu/de-eu-initiative-kuenstliche-intelligenz-ethische-und-rechtliche-anforderungen/>. Künstliche Intelligenzen nutzen bis zu 10.000 Datenpunkte, damit zum Beispiel die Lieblingsmusik angezeigt wird. Hier macht das auch Sinn. Wichtig ist jedoch, dass es von Menschen festgelegte Kategorien gibt, innerhalb welchen künstliche Intelligenzen sich bewegen können.
- Auf diesem Konzept aufbauend muss ein Interaktionssystem mit der Politik entwickelt werden. Jeder EU Bürger kann ohne Bürokratie einfach in der Bewerter-Anerkennung aufsteigen. Umso qualifizierter ein Bewerter ist, desto weniger Referenzpersonen sind zur Bewertung eines Datensatzes notwendig. Diese Qualifikation kann auch für die Politik für die Anzahl der Personen, welche in eine Beratung eingebunden werden, entscheidend sein. Automatisch bekommt jeder Bewerter ein Feedback, wenn und welchen Einfluss er auf die jeweilige Entscheidung genommen hat. Zusätzlich zu dem Grundrauschen, welches für eine repräsentative Bürgermeinung nötig ist, können über eine KI Einzelbewerter identifiziert werden, welche Extremerfahrungen zu einem Thema gemacht haben. Diese definieren den Grenzbereich, der von einer Entscheidung abgedeckt werden muss.
- Jeder EU-Bürger und jeder Bürger eines EU-Bewerberstaats muss auf Grund der Nutzung des EU-D-S auf Anhieb in einem Satz sagen können, welchen Vorteil es hat, EU Bürger zu sein.

Reaktion der Hintergrund-Entscheider

Für die Regierungen bietet das Konzept eine echte Integration von Bürgern in die meisten Entscheidungen. Hierdurch werden die Unterschiede zu den Interessen der Hintergrund-Entscheider deutlich gemacht werden. Wenn die Politiker ihren Rollenwechsel vom Regierenden zum Moderator annehmen, kommen sie gegenüber den Bürgern aus der Schusslinie. Wenn Politiker ihre Entscheidungen von dem Bürger-Feedback abhängig machen, nehmen sie die Bürger in die Mitverantwortung. In der nun notwendigen beschleunigten digitalen Transformation sind Fehler unvermeidlich. Hierfür notwendig ist eine Kultur des kreativen politischen Scheiterns, in der Fehler als Prozess der Weiterentwicklung eingeplant sind.

Kritische Übergangszeit

Selbst wenn sich alle Fraktionen in der EU einmal einig sind, wird es Jahre dauern, bis ein sicheres EU-D-S flächendeckend ausgerollt ist. Solange werden die Hintergrund-Entscheidungsträger weiterhin ihre Manipulationen aufrechterhalten. Vielleicht werden sie die Aktionen sogar verstärken, da sie ihre Besitzstände in Gefahr sehen. Es ist zu befürchten, dass die Politik solange damit warten wird, ihre Strukturen zu verändern, bis es zu spät ist. Denn nicht nur das EU-D-S muss eingeführt werden, sondern auch bei den Bürgern muss eine Verhaltensänderung erreicht werden. Wahrscheinlich werden die Hintergrund-Entscheider den Wunsch nach Bequemlichkeit und scheinbarer Behütung der Bürger durch entsprechende Technik verstärken. In einzelnen Fällen wird es sogar eine Generation dauern, bis eine Verhaltensänderung festzustellen ist.

Vor diesem Hintergrund muss sich die Politik in den nächsten Jahren weniger mit der Feinstrukturierung von Inhalten beschäftigen. Neue politische Grundstrukturen sind wichtiger. Bürgerfreundliche Themen sind derzeit nur umsetzbar, soweit sie nicht mit den Interessen der Hintergrund-Entscheider kollidieren.

Das Kommunikationsverhalten von Politik und Presse muss so verändert werden, dass jedem Bürger die mehrere Jahre dauernde Ausnahmesituation bewusstgemacht wurde. Wichtig ist es, mit Pilotprojekten in einzelnen Regionen die Vorteile des neuen Demokratiekonzepts den Zweiflern verständlich zu machen. Von Anfang an sollten diese Pilotprojekte durch ein Anreizsystem, wie das von mir vorgeschlagene Digital-Bürgergeld begleitet werden. Fehlt nur eine, der von mir geforderten Komponenten, so ist die Wahrscheinlichkeit des Scheiterns hoch. Allerdings sollten alle Demokraten sich einig sein, dass die einzige Alternative eines totalitären Überwachungsstaats nicht in Frage kommt.

Startups, die sich in den je Sprachraum zu gründenden Genossenschaften zusammenschließen, muss klar sein, dass sie an vorderster Front für den Erhalt der Demokratie kämpfen.

Die EU muss sich bei Demokratie erhaltenden Initiativen von ihren bisherigen Fördermaßnahmen verabschieden. Diese haben ein Recht auf einen besonderen Schutz und besondere Förderbedingungen, siehe <http://gisad.eu/wp-content/uploads/2021/06/Digitale-Grundsätze.pdf>.

Langfristiges Verhalten der Hintergrund-Entscheider

Grundsätzlich vermeiden Hintergrund-Entscheider so weit möglich, Staatsformen, politische Systeme und Gesellschaftssysteme in ihre Überlegungen einzubeziehen. Nur die Offenheit für alle Systeme ermöglicht ihnen die insbesondere bei digitalen Produkten erwartete globale Skalierbarkeit.

Wenn die Grundannahme funktioniert, dass durch die Integration aller Bürger, wie sie erst im Rahmen der Digitalisierung überhaupt möglich ist, ungeheure Humankapitalreserven aktiviert werden können, wird sich Europa zu einem für die Hintergrund-Entscheider sehr interessanten Markt entwickeln.

Es ist einfach eine Frage des Risikos, bei Manipulationen entdeckt und damit sanktioniert zu werden, ob sich Demokratie erschütternde Cyberangriffe rechnen. Diese Risiken werden bei einem Angriff auf das EU-D-S zu hoch sein.

Fazit

Selbst „US-Präsident Joe Biden hält einen „heißen Krieg“ mit einer anderen Großmacht als Folge einer Cyber-Attacke für möglich“ (Michael Maier. 29.7.2021, berliner-zeitung.de)

In der vordigitalen Welt müssen jedes Haus und jeder wehrhafte Bürger einzeln bekämpft werden, um einen Krieg zu gewinnen. In der derzeitigen digitalen Welt reicht im Zweifel ein einzelner Bot oder eine Falschmeldung an der richtigen Schwachstelle aus, um einen ganzen Staat so zu destabilisieren, dass er gegen eine feindliche Übernahme wehrlos ist.

Die Antwort auf die aktuelle Situation ist eindeutig:

- Die digitale Verfügungsgewalt über seine Daten und seine Maschinen gehört in die Hand des einzelnen Bürgers. Nur so kann eine vordigitale Wehrhaftigkeit aufgebaut werden.
- Jeder Bürger ist verpflichtet, im Sinne von Sicherheit und Wohlstand zur Veredelung von im Internet veröffentlichten Daten und zum Demokratieprozess durch seine qualifizierte Bewertung beizutragen.
- Dezentrale digitale Einheiten, die nur da zentral vernetzt sind, wo es für die Gemeinschaft sinnvoll ist, stärken die Widerstandskraft der einzelnen Bürger genauso wie die der Staaten, im Frieden genauso wie bei einem kriegerischen Angriff.

GISAD für ein starkes digitales Europa!
Mit Hilfe der EU die vordigitalen
Errungenschaften erhalten!

